

## Wohnen

### Ausverkauf von Bundesimmobilien

Der Bund hat seit der Wiedervereinigung den Großteil seines Wohnungsbestands an Investoren verkauft. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Seit 1994 hat der Bund demnach knapp 353 000 Wohnungen veräußert – übrig geblieben sind nur noch etwa 46 000. Das Bundesfinanzministerium beziffert die Verkaufserlöse in dem Schreiben auf rund 7,8 Milliarden Euro. Allerdings räumt es ein, dass für Zehntausende verkaufte Wohnungen der heutigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben keine Erlöszahlen vorlägen; die Einnahmen dürften also noch wesentlich höher liegen. Zu den größten Geschäften gehörte der Verkauf von fast 64 000 Eisenbahnerwohnungen an den Immobilienkonzern Deutsche Annington zur Jahrtausendwende und von 83 000 Wohnungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte an den Hedgefonds Fortress im Jahr 2004. Für die stellvertretende Fraktionschefin der Linken im Bundestag, Caren Lay, steht fest: „Mit dieser Privatisierungspolitik trägt der Bund eine erhebliche Mitschuld an der aktuellen Mietenexplosion.“ sve

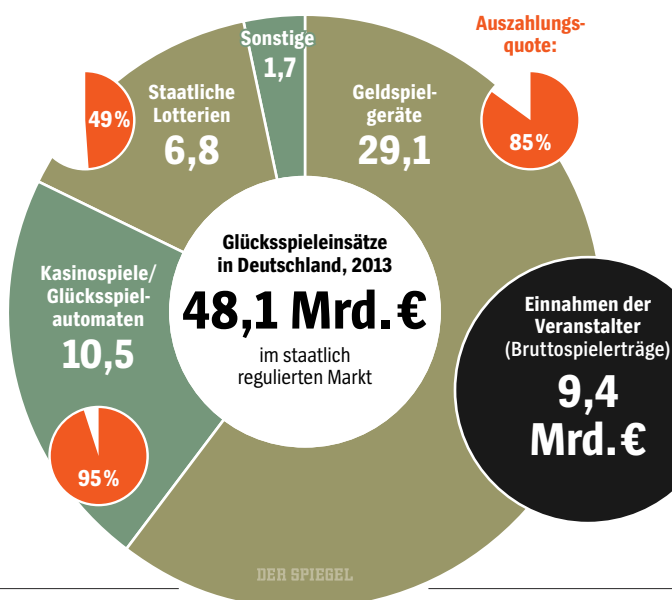


## Eurofighter

### Airbus fordert 500 Millionen Euro

Auf das Wehressort von Ursula von der Leyen (CDU) kommen zusätzliche Kosten von mindestens einer halben Milliarde Euro zu. Laut internen Papieren aus dem Verteidigungsministerium forderte der Hersteller Airbus in einem Brief vom 28. August zunächst 514,2 Millionen Euro als Ausgleichszahlung von der Bundeswehr. Hintergrund ist die Reduzierung der deutschen Bestellung von „Eurofighter“-Kampffjets von 180 auf 140 Modelle. Das hatte die Bundesregierung 2011 beschlossen. Die Juristen im Verteidigungsministerium gehen davon aus, dass der Anspruch von Airbus gerechtfertigt ist, da man mit dem Trieb-

werkhersteller MTU Anfang des Jahres ähnlich verfahren war. Aufgrund der „annähernd gleichen Sach- und Rechtslage“ im Fall Airbus seien die Ansprüche wohl gültig, heißt es in einer vertraulichen Vorlage für Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder. Die Kosten könnten sogar noch steigen, da Airbus weitere Forderungen in Höhe von 220,7 Millionen Euro über die Nato-Agentur Netma geltend machen werde. Diese würden am Ende auf Deutschland zukommen, heißt es in dem Papier. Nüchtern wird konstatiert, dass die Bundeswehr ähnliche Ausgleichszahlungen bereits in der Vergangenheit „zu akzeptieren“ hatte. mgb



## Glücksspiel Milliarden verzockt

Über 70 Milliarden Euro geben Bürger in Deutschland jährlich für Glücksspiele aus. Das ergibt sich aus einer Untersuchung der Länder zur Bewertung des Glücksspielstaatsvertrags, den diese 2011 abgeschlossen haben. Ziel der damaligen Vereinbarung war es, das Glücksspiel in Deutschland neu zu regeln und den Schwarzmarkt zu bekämpfen. Dies scheint nur teilweise gelungen. So wurden 2013 zwar etwa 48 Milliarden Euro im staatlich regulierten

Markt verzockt (Grafik). Darüber hinaus scheint aber der nicht regulierte Markt im Internet kräftig zu wachsen. 17 Milliarden setzten Spieler in Internetkasinos ein, mindestens dreimal so viel wie zwei Jahre zuvor. Hinzu kommen Onlinepoker und Internetlotterien. Rund drei Milliarden gaben Tipper zudem für Sportwetten aus. Eigentlich wollten die Länder diesen Bereich mit Lizenzen regulieren. Doch die vorgesehene Vergabe von 20 Konzessionen an Wettanbieter scheiterte bisher. Rechtsstreitigkeiten blockieren das Verfahren auf unbestimmte Zeit. mif